



30. April 2021



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mehr als eine Million Menschen haben seit Beginn der Corona-Krise im März vergangenen Jahres ihren Job verloren. Vor allem das Gastgewerbe ist stark betroffen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um **mehr als 300.000** gestiegen. Erschreckend und mahnend zugleich: Die soziale Ungleichheit hat weiter zugenommen. Damit ist klar: Wenn die Corona-Pandemie weitestgehend überstanden ist, stehen wir vor neuen, großen Herausforderungen. Deshalb macht sich die SPD-Landtagsfraktion schon heute auf den Weg, um **über die gute Arbeit von morgen zu sprechen. Wir brauchen einen sozialen Neustart.** Mit guten Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, besseren Löhnen und einem sozial (!) gerechten Klimaschutz. Wir wollen Sicherheit und Fortschritt für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. **Deshalb haben wir unseren Leitantrag „Die Gute Arbeit von morgen“ ins Plenum eingebracht.** Auf Seite 2 finden Sie die entsprechende Verlinkung zum Antrag.

Auch in diesem Jahr muss die DGB-Kundgebung zum 1. Mai leider entfallen. Das bedauern wir zutiefst. Die hohen Inzidenzzahlen lassen aber keinen Spielraum zu. Die DGB-Emscher-Lippe-Region wird im Rahmen der pandemischen Möglichkeiten natürlich dennoch ein Zeichen setzen. Unter dem diesjährigen Motto „Solidarität ist Zukunft“ gibt es virtuelle Aktionen, die Sie begleiten und teilen können. Den Hauptstream des DGBs, können Sie ab 14 Uhr unter <https://www.dgb.de/erster-mai-tag-der-arbeit> live mitverfolgen. Wir rufen alle Menschen in Gelsenkirchen auf, sich an den virtuellen Aktionen des DGBs zu beteiligen und so auf den Tag der Arbeit aufmerksam zu machen.

Weitere Schwerpunkte aus dieser Plenarwoche findet ihr im Newsletter.

Herzliche Grüße!

Eure

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

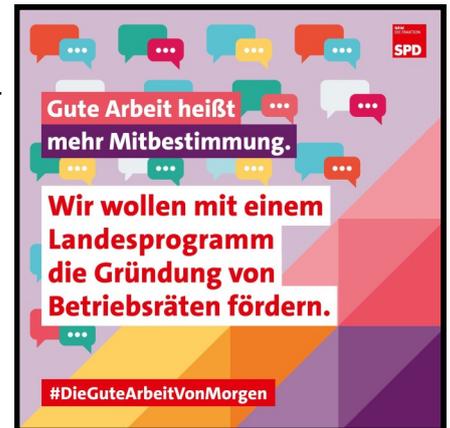
Leitantrag: Die Arbeit von morgen sozial gerecht gestalten!



SPD Antrag:
Die Gute Arbeit von morgen für NRW

Bedingt durch Digitalisierung und den notwendigen Klimaschutz ändert sich die Berufswelt rasend schnell. Wir haben in unserem Leitantrag daher einen Stabilitätsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro für Klimaschutz, Digitalisierung und Beschäftigung gefordert. Außerdem wollen wir im Rahmen der Offensive „Mitbestimmungsland NRW“ Gründungen von Betriebsräten fördern und 1.000 neue Stellen beim Arbeitsschutz einrichten.

Jeder Job hat Wertschätzung, Leistungsgerechtigkeit und Sicherheit verdient. Deswegen wollen wir ein Bündnis für Tariftreue und flächendeckende Tarifverträge in allen Branchen. Dadurch entstehen mehr Chancen auf Wohlstand und bessere Lebensqualität – für einen sozialen Neustart!



Kompakt-Info:
Gute Arbeit von morgen

Fotos: SPD-Landtagsfraktion

Ängste und Nöte von Studierenden ernst nehmen

Studienabbrüche, Schulden und psychische Beschwerden – das sind etwaige Auswirkungen auf Studierende, die im besonderen Maße unter der Corona-Pandemie leiden. Das dritte Semester auf Distanz läuft bereits, und noch immer nimmt die Landesregierung die Ängste und Nöte der Betroffenen nicht ernst.

Wir haben deutlich gemacht: es bedarf eines erleichterten Zugangs zum BAföG, Unterstützung in Form von materieller und psychologischer Hilfe sowie endlich einer Perspektive für Studierende.

SPD Antrag:
Studierende endlich ernst nehmen



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Eine Förderoffensive für Schülerinnen und Schüler

Die Landesregierung tut zu wenig, um Kindern und Jugendlichen in der Pandemie beste Lernbedingungen zu ermöglichen. Wir wollen eine Förderoffensive für alle Schülerinnen und Schüler in NRW.

Im Schuljahr 2021/22 sollen zwei zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche zur Verfügung stehen, um auf freiwilliger Basis Lernrückstände aufzuholen. Das ist unser Vorschlag, damit wir kein Kind zurücklassen!

SPD Antrag:
Unterstützungsangebote für Schulpflichtige ausbauen



Foto: www.pixabay.com

Unser Einsatz für die Jüngsten

Einfach und flächendeckend – so muss eine erfolgreiche Teststrategie für Kinder aussehen. Die sogenannten „Lolli-Tests“ sind zuverlässig und simpel in der Handhabung. Aus diesen Gründen sollten sie ein zentraler Baustein für mehr Sicherheit in Kitas und Schulen sein.

Wir finden außerdem: Solange Betreuungszeiten aufgrund der Pandemie eingeschränkt sind, müssen auch die Gebühren für Kita und offene Ganztagschulen ausgesetzt werden.

SPD Antrag:
Kitas als sichere Orte



Fotos: SPD-Landtagsfraktion

Aus dem Wahlkreis

„Eltern brauchen eine vollständige Entlastung bei Kita-Gebühren“

Nicht nur in Gelsenkirchen, sondern landesweit sind mit Inkrafttreten der Notbremse Kindertageseinrichtungen, Tagespflege und die offenen Ganztagschulen auf Notbetreuung umgestiegen. Wie auch in den Monaten zuvor stemmen viele Familien seit dieser Zeit selbst die Betreuung ihrer Kinder neben ihrem Beruf. Und gleichzeitig müssen sie weiter Elternbeiträge bezahlen.

„Eltern stehen seit Monaten unter besonderem Druck. Man kann ihnen überhaupt nicht vermitteln, dass sie da auch noch Kita-Beiträge für eine Leistung zahlen, die pandemiebedingt gar nicht in Anspruch genommen werden kann. Es ist dringend nötig, Eltern in Zeiten der Pandemie von den Beiträgen zu befreien. Das Geld dafür wäre vorhanden. Der 25 Milliarden Euro schwere Rettungsschirm des Landes ist genau für solche Fälle aufgelegt worden. Wiederholt haben wir dies im Haushaltsausschuss beantragt. Die Landesregierung hätte auch jetzt sofort die Unterstützung der SPD“, erklärt die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

Familienminister Joachim Stamp hat den kommunalen Spitzenverbänden angeboten, die Beiträge lediglich für zwei Monate zu erstatten. Das Angebot des Ministers steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass im laufenden Kindergartenjahr darüber hinaus keine weitere Erstattung erfolgt.

„Um Neuinfektionen in Kitas möglichst zu vermeiden, wird die Betreuung seit Monaten immer wieder eingeschränkt, so auch jetzt gerade, wo wegen der hohen Inzidenzen wieder auf Notbetreuung umgestellt wird. Das Angebot der Landesregierung grenzt an Erpressung und missachtet die Situation in vielen Familien. Wieder wird den Familien eine große Solidarleistung abverlangt. Wie lange, lässt sich jetzt noch nicht sagen. Die Solidarität der Landesregierung ist hingegen auf maximal zwei Monate begrenzt, wovon CDU und FDP auch maximal die Hälfte der Kosten übernehmen wollen. Für alles weitere sollen Familien und Kommunen ins Risiko gehen“, ergänzt Sebastian Watermeier.

Gelsenkirchener Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege erhalten rund 680.000 Euro für Digitalisierung

Seit rund einem Jahr sind Beratungs- und Unterstützungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen coronabedingt stark eingeschränkt. Die notwendige Einhaltung des Infektionsschutzes erschwert die Begleitung der von ihnen betreuten Menschen. Digitale Angebote tragen dazu bei, auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen, die betroffenen Zielgruppen adäquat zu erreichen, zu beraten und zu betreuen, aber auch ihre selbstaktivierenden Kräfte zu stärken. Dazu gehören z.B. auch die Anpassung und Ausweitung der Beratungs- und Begleitungsangebote, sowie digitale Sport- und Bewegungsangebote.

„Aus diesem Grund hat die Stiftung Wohlfahrtspflege ein Sonderprogramm ‚Zugänge erhalten – Digitalisierung stärken‘ aufgelegt. Mit den finanziellen Mitteln können Träger der Freien Wohlfahrtspflege neue digitale Angebote schaffen. Für die Gelsenkirchener Träger wurden rund 680.000 Euro bewilligt. Das ist eine tolle Unterstützung und Wertschätzung für die wichtige Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege in unserer Stadt“, freut sich die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

Ausdrücklich sollen digitale Angebote auch über die Pandemie hinaus Bestand haben und die Angebote der Freien Wohlfahrtspflege zukunftssicher machen.

In Gelsenkirchen wurden Anträge der evangelischen Jugendarbeit, des Caritasverbands, des Sozialwerks St. Georg (inklusive Werkstätten), der AWO und des Ohrwerk e.V. bewilligt.

Warum verkennt Landesregierung die illegalen Machenschaften von Schrottimmobilieneigentümern?

Mit dem WAG (Wohnungsaufsichtsgesetz) hat Rot-Grün den Kommunen schon 2014 ein ordnungsrechtliches, maßgebliches Instrument an die Hand gegeben, um gegen so genannte Schrottimmobilieneigentümer effektiver vorgehen zu können. Denn: Schrottimmobilieneigentümer sind in der Regel keine „ärgerlichen Einzelfälle“, vielmehr lösen sie negative Effekte für das gesamte umliegende städtebauliche Umfeld aus, was wiederum Problemviertel entstehen lassen kann.

„Es ist in unser aller Interesse, dass wir zukünftig noch viel gezielter und effektiver gegen Schrottimmobilieneigentümer vorgehen. Dafür muss das Problem allerdings an der Wurzel, den kriminellen Eigentümer/-innen, gepackt werden. Es ist nicht selten, dass Ursache und Wirkung in diesem Zusammenhang verwechselt werden. Bewohner/-innen der Immobilien sind oft Leidtragende, wohingegen die Eigentümer/-innen diese mit hoher Energie ausbeuten und Sozialbetrug betreiben. Aus diesem Grund haben Heike Gebhard und ich bei der Landesregierung nachgefragt, wie genau sie gegen die illegalen Machenschaften der Eigentümer/-innen vorgehen und in wie vielen Fällen Strafverfahren, wegen des Verdachts auf Sozialbetrug, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche eingeleitet worden ist“, berichtet der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier.



Copyright by Büro Watermeier

Das Ergebnis ist ernüchternd: Ministerin Scharrenbach verweist in ihrer heute veröffentlichten Beantwortung der Kleinen Anfrage (Drucksache 17/12932) lediglich auf mangelnde Zeit, in welcher eine Auswertung der der Landesregierung vorliegenden Daten nicht möglich sei.

„Die Antwort der Ministerin ist symptomatisch für den fehlenden Sachverstand von Schwarz-Gelb. Scheinbar hat die Landesregierung die Ursache des Schrottimmobilieneigentümerproblems noch nicht erkannt. Sie verkennt die kriminelle Energie der Eigentümer/-innen. Würde sie sich dem Thema ernsthaft zuwenden und bearbeiten, dann wäre sie sprachfähig“, resümiert die SPD-Landtagsabgeordnete Heike Gebhard. Sebastian Watermeier ergänzt: „Ähnlich wie bei der Regulierung des Glücksspiels, dem Umgang mit Missständen in der Fleischindustrie und der Bekämpfung von Umweltkriminalität zeigt sich auch beim Thema Schrottimmobilieneigentümer, dass die Landesregierung auf dem Auge, das zwielichtigen Geschäftemachern auf die Finger schauen müsste, blind ist.“

Gebhard und Watermeier werden sich mit der Beantwortung nicht zufrieden geben und am Thema dran bleiben.

Brand Am Dördelmannshof: Wurde die Bezirksregierung Münster bewusst getäuscht?



Copyright by Büro Watermeier

In der vorliegenden Beantwortung der Kleinen Anfrage zum Brand Am Dördelmannshof teilt die Bezirksregierung mit, dass sie erst aufgrund des Brandereignisses über die Reifenlagerung Kenntnis erhalten hat. Der Bezirksregierung Münster war es im Rahmen der Inspektionen nicht möglich, die vom sonstigen Betriebsgelände räumlich abgetrennte und nicht einsehbar Fläche, zu kontrollieren.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier stellt dazu fest: „Die Bezirksregierung Münster hat in der Vergangenheit die Firma des Öfteren aufgesucht. Die Besuche erfolgten sowohl angekündigt als auch unangekündigt. Dabei wurden einige Mängel, die im Rahmen einer Inspektion festgestellt worden sind, beseitigt. Hier spielte die Fläche, auf denen die Reifen zwischengelagert und abgebrannt sind, keine Rolle. Angesichts der Uneinsehbarkeit der Fläche stellt sich die Frage, ob hier Unregelmäßigkeiten vor den Augen der Kontrolleure verborgen werden sollten.“

Vordergründig stehen derzeit strafrechtliche Ermittlungen durch die Polizei und Staatsanwaltschaft an. Die Prüfung eines möglichen Bußgeldverfahrens durch die Bezirksregierung Münster erfolgt nach Abschluss der Ermittlung.

„Für die Zukunft muss Sorge getragen werden, dass gründlicher kontrolliert und Gefahrenquellen früher erkannt werden. Bei der Minimierung von Gefahren sind vor allem auch die Betreiber in der Pflicht“, so der Abgeordnete Watermeier.

Gelsenkirchener Krankenhäuser erhalten über 1,87 Millionen Euro für Beschäftigte

Vier Gelsenkirchener Krankenhäuser erhalten Sonderzahlungen für die Mehrbelastungen, die im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie entstanden sind. „Seit vielen Monaten arbeiten die Beschäftigten in den Krankenhäusern an der Belastungsgrenze. Es ist überfällig, dass diese zusätzliche Belastung nun finanziell honoriert wird. Das sind wir ihnen als Gesellschaft schuldig.“, sagt Heike Gebhard, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Landtags NRW.

Die Evangelischen Kliniken mit ihrer GmbH erhalten mehr als 500.000 Euro, das Marienhospital erhält rund 450.000 Euro, das St. Marien-Hospital in Buer über 300.000 Euro und das Bergmannsheils Buer mehr als 620.000 Euro. Die Krankenhäuser entscheiden mit ihren Arbeitnehmervertretungen über die Verteilung der Mittel an die Beschäftigten.

„Neben einem finanziellen Ausgleich der zusätzlichen Belastung für die Beschäftigten, haben wir alle durch unser Verhalten mitzuhelfen, dass die gegenwärtigen Infektionszahlen wieder deutlich sinken. Nur so stellen wir sicher, dass das Personal die Belastung aushält und alle Menschen die bestmögliche Behandlung bekommen, die sie benötigen“, so Heike Gebhard. „Die gegenwärtigen Zahlen lassen aber schon jetzt erkennen, dass auch für 2021 ein finanzieller Ausgleich erfolgen muss – obwohl die Impfung der Beschäftigten hoffentlich zu weniger krankheitsbedingten Ausfällen und somit weniger Überstunden führen.“

SPD-Landtagsfraktion beantragt Hilfsprogramm für die Innenstädte

Schon vor der Corona-Krise waren die Stadtzentren vielerorts in einer schwierigen Situation. Deswegen hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW nun ein unbürokratisches Hilfsprogramm zur Sicherung lebenswerter Innenstädte beantragt. Es wurde am Donnerstag im Haushalts- und Finanzausschuss beraten. „Für Gelsenkirchen würde diese Hilfe 11 Millionen Euro betragen“, erklärte Sebastian Watermeier.

„Mit dem Förderprogramm wollen wir die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden erhalten und drohende Arbeitsplatzverluste verhindern. Öffentliche Investitionen in die Stadtmitten sind besonders geeignet, um zusätzliche private Investitionen auszulösen. Leider wurde das Programm im Haushaltsausschuss mit der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt“, begründet Heike Gebhard, selbst Mitglied im Haushalts- und Finanzausschusses den Vorstoß.

Mit den Geldern aus dem Hilfsprogramm sollten Unternehmen dabei unterstützt werden, Leerstand zu verhindern. Auch der Kauf und Umbau leerstehender Gebäude sowie die Erstellung von Entwicklungskonzepten, Marketingmaßnahmen und Unterstützung von Interessengemeinschaften hätten damit finanziert werden können. Und auch die Förderung des regionalen Onlinehandels und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes wurden berücksichtigt.

Die von der schwarz-gelben Landesregierung geschaffenen Modellprojekte für die Zentren ausgewählter Kommunen reichen laut den beiden Landtagsabgeordneten nicht aus. „Die Fördersumme ist insgesamt viel zu gering, und das bürokratische Antragsverfahren belastet die Städte und Gemeinden zusätzlich zu den ohnehin schon großen Herausforderungen. NRW braucht ein Förderprogramm, das den Innenstädten und den Stadtteilzentren landesweit hilft“, betonen Gebhard und Watermeier. Aus Sicht der Sozialdemokraten handelt es sich um ein flächendeckendes Problem.